

Kleinhandel und Kleingewerbe in Kriegszeiten.

(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 23. August.

In Anwesenheit von mehr als 600 Vertretern des Kleinhandels und des Kleingewerbes aus allen Teilen des Reiches, trat heute (Montag) im großen Saale des Gewerbehauses der 13. Verbandstag des Verbandes der Rabattsparrvereine Deutschlands zusammen.

In einem umfangreichen Referat besprach der Verbandsdirektor Benhien-Hannöber die Lage des deutschen Kleinhandels und -gewerbes in der jetzigen schweren Zeit. Glücklich schätzen sich auch diese Stände, daß unser herrliches Heer die Feinde vom deutschen Boden fernhält, denn die Schrecken eines Krieges im Lande würden die Berufe der Selbständigen am aller-schwersten treffen. Gewiß ist im Felde jeder gleich, und eine Brust so treu und wert wie die andere. Aber für die auf sich selbst gestellten Kaufleute und Handwerker steht wirtschaftlich mehr auf dem Spiel als für die in Lohn und Brot Stehenden. 16 000 Verbandsmitglieder stehen im Felde und wissen nicht, ob sie ihr Unternehmen bei der Heimkehr noch vorfinden. Im Frieden ist der Kleinhandel oft als entbehrlich bezeichnet worden. Aber gerade während des Krieges hat sich seine Notwendigkeit und sein Wert erwiesen. Durch die Vielheit seiner Betriebe konnte die Bevölkerung nach wie vor rasch mit Waren versorgt werden.

Auch das Heer wurde zu einem erheblichen Teil aus den Ladengeschäften mit notwendigen Gebrauchsgegenständen versehen. Der Nahrungsmittelhandel war oft Gegenstand von Vorwürfen, wonach er die Not der Zeit ausgenutzt habe. Aber viel ist hier auf Uebertreibung zurückzuführen, die sich aus der nervösen Spannung aller Gemüter erklärt. Selbstverständlich müssen Ueber-teuerungen scharf verurteilt werden. Der Verband aber, der den größten Zusammenschluß der in offenen Läden wirkenden Geschäftsleute darstellt, hat alle seine Mitglieder zur Besonnenheit gemahnt. Zu den Buchervorwürfen hat nur in den wenigsten Fällen der Einzelhandel Anlaß gegeben. Vielmehr hat das Großkapital durch rücksichtslose spekulative Ausnutzung der Zeit gewaltige Gewinne eingeheimst. (Zustimmung.) Die Höchstpreise hätten rechtzeitig auch für die Produzenten festgesetzt werden müssen. Höchstpreisüberschreitungen ereigneten sich zumeist in Unkenntnis der Bestimmungen, teils waren auch die Einkaufspreise höher als die Verkaufshöchstpreise. (Zustimmung.) Auch Konsumvereine sind ja wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bestraft worden. Die Zentraleinkaufsgesellschaft und die anderen Warenverteilungsstellen des Reichs hätten sich rechtzeitig der Mitarbeit erfahrener Kleinhandelsvertreter bedienen sollen. Später ist das geschehen, nachdem man vorher schon Konsumvereinsvertreter zugezogen hatte. Die Warenbeschlagnahmen, Herstellungs- und Verkaufsverbote waren notwendig.

Viele Oberbürgermeister, u. a. von Erfurt, Eiberfeld, Barmen, Duisburg, Hildesheim usw., haben öffentlich den Handel in Schutz genommen. Auch der Verband hat untersucht, was an den Bewucherungsvorwürfen dran sei. In allen Fällen hat sich die Haltlosigkeit des Vorwurfs ergeben. Sogar ein Generalkommando konnte für erhobene Uebervorteilungsbehauptungen keine Unterlagen beibringen. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ hat eine Meldung des „Tag“ wiedergegeben, wonach man in München Geschäftsleuten die Petroleumvorräte weggenommen und diese selbst ins Gefängnis geworfen habe. Auch das war nicht wahr. Der Preis-ausschlag hat in vielen Fällen nicht einmal die Unkosten des Kleinhandels gedeckt.

Die Maßnahmen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen leiden zum Teil an einer bedauerlichen Einseitigkeit. Kein Mensch ist nur Verbraucher. Bei dem Handel mit Lebensmitteln haben die Städte Hunderttausende verloren. Die Konsumvereine nützen die Zeit des Burgfriedens kräftig für sich aus. Dabei ist der Konsumvereinsumsatz im ersten Kriegshalbjahr um 8 Millionen gefallen, obgleich die Mitgliederzahl gestiegen ist. Die Konsumvereine haben auch Waren auf Borg abgegeben. Wo bleibt da der Grundsatz der Barzahlung? Auch die Warenhäuser leiden unter dem Kriege. Bedenklich ist ihre Heranziehung zu Heereslieferungen. Der Redner schloß mit der Betonung der Notwendigkeit, wirtschaftlich durchzuhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden.